

AUSGABE MÄRZ - APRIL 2024

RUDOWER PRISMA

TOPTHEMA:

**HEBESATZ DER GRUNDSTEUER
IN BERLIN FAST HALBIERT**

INDISCHES
RESTAURANT



Mittagstisch - Cocktails - Catering

Indische & singapurische Küche

Neuköllner Straße 243 - 12357 Berlin

Telefon: 030 - 12 3 74 70 1



Absenkung Hebesatz

~~810%~~



470%

Finanzsenator Stefan Evers (CDU) verkündet den neuen Grundsteuerhebesatz

Foto: Senatsverwaltung für Finanzen

Rundum Sorglos bei

WELCHER MAKLER BIETET :

- VORSCHUSS BIS ZU 50.000€ ?
- ÜBERNAHME IHRES UMZUGS ?
- GARANTIERT SCHNELLER VERKAUF ?
- PREMIUM-PLATZIERUNG AUF SÄMTLICHEN PORTALEN ?

SCAN MICH

WIR

**KOSTENLOSE
BEWERTUNG
IHRER
IMMOBILIE!**

mail@boelitz-immobilien.de
030 / 66 50 94 88
Linselotte-Berger-Straße 23, 12355 Berlin

Innungsbetrieb

P&H

DACHBAU GmbH

Dacharbeiten aller Art • Ziegeldächer • Dachstühle • Dachgauben
Flachsanierung • Klempnerarbeiten • Aus- und Umbauten • Solartechnik
Blitzschutzanlagen • Dach- und Fassadendämmung
Asbestentsorgung nach TRGS 519

Dachdecker-Geselle (m/w) gesucht!

Büro Süd **Auszubildende/r zum Dachdecker/in gesucht!**
Waltersdorfer Chaussee 7 • 12355 Berlin-Rudow
Tel.: 030/662 10 09 • Fax: 030/66 46 23 92

www.ph-dachbau • info@ph-dachbau.de



LIEBE RUDOWERINNEN UND RUDOWER,

lange erwartet, von vielen befürchtet, hat Finanzsenator Stefan Evers (CDU) den Hebesatz für die neue Grundsteuer in Berlin bekannt gegeben. Anders als in vielen anderen Kommunen versucht Berlin die Neuausrichtung der Grundsteuer aufkommensneutral zu gestalten. Das kann in einer so großen Gemeinde wie Berlin nicht überall gelingen. Die befürchteten Erhöhungen um das vier- bis fünf-fache im Ostteil der Stadt sind ausgeblieben. Obwohl die Preise etwas höher liegen, bewegen sie sich dennoch in einem angemessenen Rahmen. Was bedeutet das für Rudow? Ich habe einige Rechenbeispiele bekommen und erfreuliches zu berichten.

In den meisten Fällen sinkt die Grundsteuer, teilweise sogar erheblich.

Wer bisher viel Grundsteuer bezahlt hat (deutlich über tausend Euro), spart in Zukunft kräftig ein, teilweise mehr als 50%. Im mittleren Bereich (ca. 500 Euro) ändert sich nicht allzu viel. Hier kann ein wenig gespart werden. Nur wer im unteren Bereich der Grundsteuer liegt, muss ab 2025 mehr Grundsteuer bezahlen.

Ich freue mich, dass ein Wahlversprechen der CDU eingehalten wird und es in Rudow keine Mehrbelastung, sondern eher ein Ersparnis bei der Grundsteuer geben wird.

*Olaf Schenk
Ich für Euch. Wir für Rudow.*

Ostereiersuchen für Groß und Klein

**Samstag, den 30. März 2024
von 11-14 Uhr**

**Rudower Höhe am Ende der
Rodelbahn**



**Kleine und große Preise für eine
erfolgreiche Ostereier Suche!**



 **Röck Assekuranz**
Vermittlungs GmbH

*Ihr Versicherungspartner
im Süden Berlins*



**Buckower Damm 259 A
12349 Berlin**

☎ 030/66 79 18-0

**✉ info@roeckassekuranz.de
www.roeckassekuranz.de**

Termine nach Vereinbarung

VIDEOWALL Berlin 

Neuköllner Str. 278

12357 Berlin

**Ihre Werbung im Herzen
Neuköllns.**

0179 / 632 1447

PIEHL
MALERMEISTER

Stephan Piehl

Mohnweg 5 • 12357 Berlin

Tel.: 030 / 664 61 445 • Fax: 030 / 664 52 62

Mobil.: 0171 / 214 99 09

info@piehl-berlin.de • www.piehl-berlin.de

 **CHRISTIAN
PETER**
BESTATTUNGEN

**Tag und Nacht
(030) 626 070 75**

Erd-, Feuer-, See-
und Baumbestattungen
für alle Berliner Bezirke

Persönliche Beratung im Trauerfall
Bestattungsvorsorge
Hausbesuche



Hermannstraße 119, 12051 Berlin
www.bestattungen-christian-peter.de



GRUNDWASSER IM BLUMENVIERTEL

Aufgrund der zahlreichen Meldungen von Vernässungsschäden der Anwohner des Blumenviertels sowie der angrenzenden Gebiete, etwa dem Vogelviertel, konnten Olaf Schenk und Christopher Förster dafür sorgen, dass der Notbetrieb der Brunnengalerie im Dezember 2023 wieder eingesetzt wurde. Darüber wurden die Anwohner der betroffenen Gebiete auch in einem Brief persönlich informiert.



In einem Folgeschreiben Anfang des Jahres 2024 haben Olaf Schenk und Christopher Förster die Anwohner darum gebeten, einen Fragebogen zu den Vernässungsschäden in ihren Häusern auszufüllen. Ziel dieser Umfrage ist es, die Schäden insbesondere für die Senatsverwaltung zu dokumentieren. Diese möchte den Notbetrieb der Brunnengalerie evaluieren. Es soll geprüft werden, welche Auswirkung die Galerie auf den Wasserstand im Blumen- und Vogelviertel hat.

Ersten Rückmeldungen zufolge ist der Grundwasserstand nach dem Beginn des Notbetriebes gesunken. Die Beteiligung an der Umfrage war bisher zufriedenstellend. Schäden wurden teils sehr ausführlich dokumentiert.

Auch konnten erste Beratungstermine mit einem Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Umwelt wahrgenommen werden.

Es müssen dringend mehr Rückmeldungen erfolgen, da bisher nur etwa 300 Rückmeldungen eingegangen sind, wenn Sie betroffen sind nehmen Sie an der Umfrage unter www.olafschenk.berlin teil.

Es bleibt zu hoffen, dass die Senatsverwaltung schlussendlich einen Zusammenhang zwischen dem Notbetrieb des Wasserstandes nachvollziehen kann und somit eine dauerhafte und zufriedenstellende Lösung für die Anwohner des Blumenviertels sowie der angrenzenden Viertel geschaffen wird.

!!! Zuverlässige Zusteller gesucht !!!

!!! Zuverlässige Zusteller gesucht !!!

0160/975 38 587 ✉ info@alfa-direktwerbung-berlin.de

ALFA
DIREKT WERBUNG

35%
Neubucherrabatt

Erstellung von Werbespots
Verkauf und Beratung digitaler
Werbelösungen (Indoor/Outdoor)
Werbeplatzvermietung berlinweit

0170/24 181 24 oder 030/606 75 01 ✉ monitor@alfa-direktwerbung-berlin.de

ÜBER 130 JAHRE
Seit 1891
Feinjuweliers
und Edelstein
Handlung

Juwelier Klimach
UHRMACHERMEISTER

Jubiläen der Königinnen

Royal Purple
Eine liebevolle Hommage
an das 70-jährige Jubiläum der
britischen Königin Elizabeth II

Royal Red
Eine liebevolle Hommage
an das 50-jährige Jubiläum der
dänischen Königin Margrethe II

TROLLBEADS
THE ORIGINAL SINCE 1919

Limitierte Edition

Inh. Steffen Schawaller
Alt-Rudow 26 • 12357 Berlin
Tel. 664 40 41

BERLINER
Juwelier
la



Bildrechte: fotostudioneukoelln.de

RUDOWS KINDER BLEIBEN GESUND - ERGEBNISSE DER EINSCHULUNGSUNTERSUCHUNGEN 2022

Die jetzt vorliegenden Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2022 zeigen ein positives Bild der gesundheitlichen Lage Neuköllner Kinder. Der seit Jahren anhaltende Trend einer gesünderen und altersgerechten Entwicklung hält auch nach der Corona-Pandemie an. Insbesondere Rudow zeigt dabei die bezirkswweit besten Werte.

„Die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2022 zeigen die besondere Stärke, Resilienz und Anpassungsfähigkeit der Neuköllner Familien“, sagt der für Gesundheit zuständige Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt (CDU). Der vielerorts erwartete und zu Recht befürchtete flächendeckende Rückschritt in der gesundheitlichen Entwicklung von Kindern aufgrund der erheblichen Einschränkungen durch die Covid-19 Pandemie sei den Daten zufolge ausgeblieben.

Rehfeldt sieht die Grundlage dieser überraschenden Ergebnisse vor allem in großen Kraftanstrengungen Neuköllner Eltern, Großeltern, anderer Bezugspersonen und des Hilfesystems aus öffentlichem Gesundheitsdienst, Jugendhilfe und psychosozialer Versorgung: „Dafür kann ich nur von ganzem Herzen ‚Danke!‘ sagen“, so der Stadtrat, der seit Mai 2023 im Amt ist.

Die seit Jahren anhaltenden Entwicklungen zeigten laut Bezirksamt gleichzeitig, dass Eltern, Kinder und Familien die ihnen angebotenen Unterstützungen annehmen. Sie zeigen außerdem, dass es gelingen kann, negative Trends zu stoppen und umzukehren. Neukölln war zuvor über viele Jahre hinweg Schlusslicht bei der gesundheitlichen Lage von Kindern. „Mittlerweile sind wir im unteren Mittelfeld“, so Hannes Rehfeldt. Seit 2013 sehe sein Amt eine stetig bessere Entwicklung, die auch auf die massiv verstärkte Prävention durch seinen Amtsvorgänger Falko Liecke (ebenfalls CDU) zurückzuführen sei. Liecke war sich bewusst, dass die Prozesse Zeit brauchen, als er im Jahr 2011 die „Neuköllner Präventionskette“ ins Leben rief. Dass seine Arbeit auch viele Jahre später Früchte trägt, freut ihn ganz besonders: „Das zeigt, dass sich langfristige Arbeit lohnt und auch Politiker nicht immer nur bis zur nächsten Wahl denken müssen.“

Der aktuelle Gesundheitsstadtrat Hannes Rehfeldt bestätigt das: „Wir sehen hier echte Erfolge, die bei den Familien ankommen. Nicht sofort. Oft quälend langsam und noch immer nicht zur vollen Zufriedenheit. Dass es aber dennoch gelingen kann, ist das beste Argument für alle Verantwortlichen, diesen erfolgreichen Weg fortzusetzen.“

Laut Experten sind Erfolge von Prävention oft schlecht messbar. Zu vielfältig sind die Einflüsse, die auf Familien und Kinder in ihrer frühesten Entwicklung einwirken. Zu gering sind oft die Steuerungsmöglichkeiten von Kommunen und Berliner Bezirken. Dennoch lohnt sich jeder Euro, der dort investiert wird, findet Rehfeldt: „Jedes Kind, das einen Stift halten und bedienen, seine eigenen Bedürfnisse sowie die anderer Kinder verstehen und die deutsche Sprache sprechen kann, entlastet den Reparaturbetrieb späterer Jahre, spart auf Dauer sehr viel Geld und hat beste Chancen auf ein erfolgreiches, gesundes und erfülltes Leben.“ Gelingende Prävention ist seiner Meinung nach deshalb kein „nice to have“, sondern eine zentrale Aufgabe staatlicher Daseinsvorsorge.

Es werde sich zeigen, ob es dem Bezirk gelingt, die guten Rahmenbedingungen der letzten Jahre zu verstetigen, alle soziale Statusgruppen an den Erfolgen teilhaben zu lassen und die erzielten Erfolge auch in die folgenden Lebensphasen zu übertragen, so abschließend der Bezirksstadtrat Hannes Rehfeldt, der auch für Soziales zuständig ist.



Wahlkreisbüro Olaf Schenk, MdA

Krokusstr. 89. - 12357 Berlin. - Telefon: 030 - 66 11 77 0

Mail: post@olafschenk.berlin

ROHR Engel

Rohr - und Kanalspezialisten

- Verstopfungsbeseitigung
- Rohr & Kanalreinigung
- TV Untersuchung
- Dichtheitsprüfungen und Generalinspektionen

Attilastraße 14
12529 Berlin-Schönefeld
OT Großziethen

***Telefonnummern geändert!**

*Telefon: 033672 / 18 99 98
*Mobil: 0171 / 818 00 16
E-Mail: ritter@rohrengel.com
Web: www.rohrengel.com

UPDATE: ELEKTROMOBILITÄT IN BERLIN RUDOW

Die Zeit vergeht und wir sind um einige Erfahrungen und Erkenntnisse reicher.

Seit Sommer 2023 stehen auf dem Parkplatz des REWE-Marktes im Eichenauer Weg 61 drei Schnellladesäulen des Unternehmens „Shell“. Eine Nutzung ist bisher nicht möglich. Es fehlt der Anschluss an das Stromnetz. Eine „Kleine Anfrage“ der CDU-Fraktion an das Bezirksamt Neukölln ergab lediglich den Verweis auf die Nichtzuständigkeit des Bezirks, da ein privat vertragliches Verhältnis zwischen REWE und Shell vorliege.

Meine Versuche, über das „Stromnetz Berlin“ Informationen zum Stand des Anschlussantrages zu bekommen, führten zu keinem Ergebnis. Die freundliche und hilfsbereite Beschäftigte (Netzservice Bezirk Süd – Stromnetz Berlin) konnte keine Auskunft zu den Ladesäulen geben. Es lagen ihr zu diesem Bauprojekt keine Informationen vor. Woran kann es also liegen, dass der Anschluss dieser Ladesäulen so lange dauert?

Unternehmen investieren bisher in die Ladeinfrastruktur. Das ist eine positive Entwicklung. In den Nachrichten war jedoch zu lesen, dass sich der Anschluss installierter PV-Anlagen und E-Auto Ladeinfrastruktur durch die langsame Bearbeitung der Verteilnetzbetreiber unverhältnismäßig lange verzögert. Bis zur Nutzung der Ladesäulen vergehen laut Aldi-Nord bis zu zwölf Monate. Andere Unternehmen sprechen von ähnlich langen Bearbeitungszeiten.

Einige Verteilnetzbetreiber verweigern nach Aussage des Handelsverbandes Deutschland (HDE) den Anschluss installierter Ladesäulen aus Gründen mangelnder Leitungskapazitäten. (Informationsquelle: FAZ, 21.01.2024, „Handel will Solaranlagen schneller nutzen“)

Die Voraussetzungen der Entwicklung der E-Mobilität erscheinen unter den oben genannten Bedingungen denkbar schlecht. Nicht nur der Strommix zur Beladung der E-Fahrzeuge ist mit einem hohen Kohlestromanteil klimaschädlich, auch das mengenmäßige Stromangebot erscheint nicht ausreichend, um alle Nachfrage danach zufriedenzustellen (neben den E-Autos auch Wärmepumpen, Elektrifizierung weiterer Teile der Industrie u.v.m.). Das Leitungsnetz entspricht in weiten Teilen ebenfalls nicht den erforderlichen Notwendigkeiten. Neben autospezifischen Problemen, wie Batterietechnik und Ladegeschwindigkeit, lassen die Versäumnisse der Politik dieser, aber auch vorherigen Regierungen Zweifel aufkommen, ob eine Verkehrswende zur E-Mobilität tatsächlich gelingt. Ein Erfolg wäre für die deutsche Autoindustrie von enormer Bedeutung, besonders unter dem Aspekt des vom EU-Parlament unter Zustimmung der Bundesregierung im März 2023 beschlossenen Verbots von Pkws mit Benzin- und Dieselmotoren.

Hier in Rudow müssen wir, so wie es jetzt aussieht, noch länger auf eine Verbesserung der öffentlichen Ladeinfrastruktur warten.

BAUSTELLENAPP INFREST



Reparatur und Sanierungsarbeiten auf Berlins Straßen- und Gehwegen zerren bei Anwohnern oder Autofahrern im Straßenverkehr häufig an den Nerven. Das Verständnis für Baustellen ist häufig schwierig. Um hier für Aufklärung zu sorgen und die Akzeptanz für notwendige Straßen oder Tiefbaumaßnahmen zu erhöhen, können sich Verkehrsteilnehmer und Anwohnern zukünftig Informationen über die aktuelle Baumaßnahme per App beschaffen.



Das Baustelleninformationssystem infrest bietet Anwendern die Möglichkeit, alle relevanten Informationen zu Baustellen über das Smartphone abzurufen.

Die Nutzung ist denkbar einfach: nach Installation der kostenlosen App, soll mit der Kamera-Funktion im Smartphone nur noch die genormte Baustellenbake gescannt werden. Anhand der Standortbestimmung per GPS werden umgehend die hinterlegten Daten der Baustelle, wie etwa der Auftraggeber, die Art sowie der Zeitraum der Baumaßnahme, mitgeteilt.

<https://www.infrest.de/>

www.blisse-landschaftsbau.de

Detlef Blisse
Garten- und Landschaftsbau

Wir suchen: Landschaftsgärtner+Steinsetzer

Detlef Blisse Garten- und Landschaftsbau GmbH
Alt-Rudow 50 • 12357 Berlin • Tel: 030-663 91 46

Happy Birthday 50. Geburtstag kleiner Imbiss

4. April ab 15.00 Uhr

Wir installieren Zufriedenheit

Elektro-Krause
Innungsbetrieb GmbH

Haushalts- und Industrieanlagen

66 09 85 44

Krokusstraße 86 • 12357 Berlin
www.elektro-krause-berlin.de • info@elektro-krause.berlin

LEGALISIERUNG VON CANNABIS

NEUKÖLLN ALS BUNDESWEITE MODELLREGION?

Die Freigabe der bisher illegalen Droge Cannabis ist weder eine ideologische noch eine parteipolitische Frage, sondern eine kommunalpolitische. Hannes Rehfeldt ist Neuköllns Gesundheitsstadtrat und blickt mit Sorge auf die Pläne der Ampel, das abhängig machende Cannabis zu legalisieren.

Die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung – das ist in etwa das Kommunalparlament unseres Bezirks – hat beschlossen, dass der Berliner Stadtteil mit knapp 330.000 Einwohnern "Modellregion" für die Legalisierung werden soll. Zwar gibt es so etwas wie Modellregionen im Gesetzentwurf, den der Bundestag derzeit berät, nicht. Das ist erst für die zweite Säule des Gesetzespakets geplant. Die Botschaft der im Ehrenamt tätigen Bezirksverordneten ist aber klar: sie unterstützen mehrheitlich die Pläne der Bundesregierung, Cannabis zu legalisieren.

Als Gesundheitsstadtrat habe ich in den Beratungen zu diesem Beschluss eindringlich darauf hingewiesen, dass Cannabis eben nicht harmlos ist. Schon 2017 hat der bezirkliche Drogen- und Suchtbericht darauf hingewiesen, dass sich die vollstationären Krankenhausaufenthalte seit 2004 verdreifacht haben. Allgemein anerkannt ist zudem, dass die Wahrscheinlichkeit, eine psychotische oder affektive Störung infolge des Langzeitkonsums von Cannabis zu entwickeln, um bis zu 100 Prozent ansteigt. Gerade jugendliche Konsumenten sind davon bedroht: Gedächtnisfunktionen, Lernleistung, Aufmerksamkeit, die Fähigkeit zum Problemlösen und Intelligenz vermindern sich. Das führt bei Abhängigen häufig zu einem Leistungsknick in der Schule und zum Abbruch der Ausbildung. Jugendliche verlieren außerdem frühere Freizeitinteressen und ziehen sich in die Gemeinde der ebenfalls konsumierenden zurück.

Hinsichtlich der gesundheitlichen Folgen von Cannabis-Konsum im jugendlichen und jungen Erwachsenenalter sind die (zum Teil sehr stark) negativen Auswirkungen auf die Hirnreifung, die psychosoziale Entwicklung, die psychische Gesundheit (u.a. bzgl. Angsterkrankungen, psychotische Entwicklungen bei vorhandener Disposition etc.) und Abhängigkeitsentwicklung mittlerweile sehr gut erforscht und in Fachkreisen weitestgehend unstrittig. Insbesondere der zunehmende intensive Konsum hoher Cannabisdosen über viele Jahre hinweg stellt eine besondere Gesundheitsgefährdung dar. Diese besteht auch

in besonderer Weise für Jugendliche, da das menschliche Gehirn bis zur Reife im Alter von 25 Jahren besonders vulnerabel ist. Gerade in Neukölln treffen die beschriebenen psychosozialen Folgen häufig auf bereits bestehende intensive psychosoziale Problemlagen.

Bei bereits bisher über 1.800 cannabisabhängigen Menschen in Neukölln – Zahlen von 2017, es ist seitdem von einem Anstieg auszugehen – stellt das den Bezirk vor unlösbare Herausforderungen. Ein absehbar weiterer Anstieg der Konsumenten führt zu einem erheblich höheren Bedarf an Suchthilfeangeboten, Prävention für Kinder und Jugendliche sowie medizinischen Behandlungskapazitäten. Gleichzeitig gibt es für diese zwingend notwendigen Reaktionen auf die geplante Legalisierung keinerlei Unterstützung des Bundes für die Kommunen bei Jugendschutz und Suchtprävention. Befürworter argumentieren zwar mit mehr Schutz und Vorsorge – das steht auch im Gesetzentwurf – aber es findet sich nichts zur Finanzierung.

Im Klartext: es wird keine weiteren Angebote für von Sucht bedrohte Cannabiskonsumenten in Neukölln geben können. Weil der Bezirk Neukölln – und das Land Berlin, das im verfassungsrechtlichen Sinne die Kommune ist – schlicht kein Geld hat für Beratungsstellen, qualifiziertes Personal oder digitale Beratungsangebote und Prävention. Schon für die vorhanden niedrigschwelligen psychosozialen Unterstützungsangebote für Sucht- und psychische Erkrankungen fehlen mehrere hunderttausend Euro pro Jahr. In jedem der zwölf Berliner Bezirke. Und auch die Bezirksverordnetenversammlung hat im Haushalt für 2024 und 2025 keine Mittel dafür bereitgestellt.

Hinzu kommt: gerade in der Metropole Berlin ist das jugendpsychiatrische System ohnehin schon kurz vor dem Zusammenbruch. Wartezeiten auf eine Behandlung können auch mal bis zu einem Jahr dauern, was als Reaktion auf eine akute cannabisinduzierte Psychose vollkommen inakzeptabel ist. Die Experten für Kindermedizin und –



**Hauskrankenpflege
Eichler & Kroner GmbH**

☎: 030 - 439 73 9999
Lauchstädter Weg 23 * 12355 Berlin
www.pflege-rudow.de * info@pflege-rudow.de

Haushaltshilfe
Bezugspflege
wunschgemäße Pflegezeiten
Entlastungsleistungen auch bei Pflegegrad 1

psychiatrie des Gesundheitsamtes Neukölln fassen ihre Sorgen so zusammen:

„[...] aus unserer Sicht [gibt] die aktuelle Datenlage starke Hinweise für eine Gefahr der Zunahme des Cannabis-Konsums und der damit zusammenhängenden negativen Folgeerscheinungen (u.a. Abhängigkeitsentwicklung, Zunahme cannabisassoziierter psychischer Erkrankungen) bei Erwachsenen und auf längere Sicht auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch verminderte Risikowahrnehmung und eine erhöhte Cannabis-Verfügbarkeit. Cannabis ist bereits jetzt die am weitesten verbreitete illegale Droge – bei steigender Tendenz – in Deutschland, dies trifft insbesondere auch auf Berlin zu. Dies spiegelt auch unsere Beratungserfahrung im Bezirk Neukölln in den letzten Jahren wider.“

Mit Blick auf die Legalisierungspläne der Bundesregierung fassen sie zusammen: „In der Zusammenschau überwiegen [...] nach unserer Auffassung und unter Einbezug der aktuellen Studienlage die Gefahren die Chancen für die Gesundheit, insbesondere die psychische, von Kindern und Jugendlichen deutlich.“

Und auch mit dieser Sorge steht der Bezirk Neukölln nicht allein. Zuletzt haben sich bundesweit mehr als ein Dutzend Fachverbände von Psychiatern, Kinder- und Jugendmedizinern, Lehrern, Polizisten und Pädagogen an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewandt und alle Bundestagsabgeordneten eindringlich gebeten, gegen das Vorhaben in der aktuellen Form zu stimmen.

Trotz erheblicher Widerstände und begründeter Ablehnung der Pläne der Bundesregierung auch in den Reihen der Ampel-Koalition scheint klar: die Legalisierung von Cannabis wird kommen. Und sie wird auf vollkommen unvorbereitete Kommunen treffen. Das ist auch deswegen besorgniserregend, weil selbst große Befürworter der Legalisierung der Droge Cannabis nicht abstreiten: es gibt keine unbedenkliche Menge.

Hannes Rehfeldt
Bezirksstadtrat für Soziales und Gesundheit

PFLANZENMARKT BLEIBT VORERST AM ALTEN STANDORT



Trotz zahlreicher Gespräche zwischen Olaf Schenk und diversen politischen Akteuren ist nun passiert, was viele befürchtet haben: der Pflanzmarkt in Rudow hat die Kündigung erhalten und sollte Ende Februar 2024 geschlossen werden.

Aufgrund einer gesetzlichen Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) sah sich der Investor nicht mehr an den alten Mietvertrag gebunden.

Der Flächennutzungsplan steuert die räumliche Entwicklung Berlins. Er zeigt für das gesamte Stadtgebiet Flächen auf, die sich für Wohnen, Gewerbe, Zentren oder dauerhafte Freiflächen eignen. Der Flächennutzungsplan wird sowohl vom Senat als auch vom Abgeordnetenhaus beschlossen.

Der FNP alleine nutzt dem Investor bisher aber nichts, da erst noch ein Bebauungsplan erstellt werden muss. Dieses obliegt dem Bezirk. Dieser hat jedoch jegliche Arbeit daran eingestellt, da er sich an die Absprache in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung gebunden fühlt, erst einen B-Plan zu erstellen, bevor es eine Ausgleichsfläche für den Pflanzmarkt gibt.

Der Rudower Abgeordnete Olaf Schenk stimmte sich zu dem Thema mit Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler ab, der zusagte, den B-Plan nicht auf Landesebene zu ziehen. Damit ist eine Einigung zwischen dem Investor nötig, um mit dem Bauvorhaben zu beginnen.

Olaf Schenk versucht ebenfalls zwischen dem Investor und dem Pflanzmarkt zu vermitteln.

„Wir benötigen Wohnraum, es darf aber auch nicht sein, dass Zusagen nicht eingehalten werden und der Pflanzmarkt ohne Ausgleichsfläche für immer schließen muss. Der Investor hat der Bezirksverordnetenversammlung sein Wort gegeben und jetzt erwarte ich auch, dass es eingehalten wird“, so Olaf Schenk.

Der Pflanzmarkt wird Mitte März seine Pforten öffnen und den Rudowern wieder zur Verfügung stehen, langfristig gesehen wird dringend ein Ersatz Grundstück gesucht.

**Pflanzmarkt
RUDOW**

Groß-Ziethener Ch. 43
Ecke Rhodeländer Weg
12355 Berlin Rudow
Tel.: 030 / 66 86 88 42

**WIR SIND WIEDER FÜR
SIE DA MIT EINEM
RIESENSORTIMENT
AN PFLANZEN**

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 9 - 18 Uhr
Sa 9 - 16 Uhr
So 10 - 13 Uhr
U7 BfH Rudow - Bus 271
Ausreichend Parkplätze vorhanden

www.pflanzenmarktrudow.de
Balkonpflanzen • Gartenpflanzen • Heckenpflanzen

Liebe Leserinnen und Leser,

hier lesen Sie einen kurzen Überblick über unsere aktuellen Initiativen und Eindrücke aus der Bezirksverordnetenversammlung vom 21. Februar.

Wir haben uns mit einer mündlichen Anfrage erkundigt, was das Bezirksamt nach der Gerichtsentscheidung zum Musterprozess durch den Bezirk Mitte zur Zweckentfremdung von Wohnraum plant und wie viele Wohnungen in welchen Ortsteilen von Neukölln als Mietwohnungen dem Wohnungsmarkt wieder zugeführt werden könnten. Laut des zuständigen Bezirksbürgermeisters liegt das Urteil dem Bezirksamt seit dem 16. Februar vor, jedoch sei noch nicht bekannt, ob es rechtskräftig ist. Die Planungen habe man bereits aufgenommen, sie befinden sich jedoch noch im Anfangsstadium, weshalb man noch keine Angaben zur Anzahl der betroffenen Wohnungen machen kann. Wir werden die Situation aufmerksam verfolgen und, wenn nötig Druck machen, damit die Chance auf eine Entspannung der Wohnungssituation im Bezirk genutzt wird.

Mit einem Antrag wollten wir außerdem das Bezirksamt auffordern, sich für die Nutzung der Broschüre „Mythos#Israel1948“ in den Neuköllner Jugendfreizeiteinrichtungen einzusetzen, um bestehende antisemitische Narrative innerhalb des pädagogischen Rahmens der Jugendhilfe zu konfrontieren. In den bezirklichen Jugendeinrichtungen sollen dafür eigene Veranstaltungen und Workshops durchgeführt werden. Einrichtungen in freier Trägerschaft sollen verpflichtet werden, entsprechende Angebote durchzuführen. Dabei soll auch die erweiterte Antisemitismus-Definition der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) und der Bundesregierung vermittelt und als handlungsleitend für jede demokratische Debatte in dieser Frage eingeführt werden. Leider konnten wir für diesen Antrag nicht die Mehrheit der Bezirksverordneten gewinnen. Angesichts des erschreckenden Anstiegs von antisemitischen und antiisraelischen Vorkommnissen in Neukölln finden wir das mehr als bedauerlich.

Mehr Erfolg hatten wir mit einem ergänzenden Antrag, in dem wir das Bezirksamt baten, sich für die Nutzung der Broschüre in den Neuköllner Oberschulen einzusetzen. Wir freuen uns, dass dieser Antrag von der Bezirksverordnetenversammlung angenommen wurde und wir so einen Beitrag für den wichtigen Kampf gegen Antisemitismus in Neukölln leisten konnten.

Mit einer weiteren kleinen Anfrage haben wir uns erkundigt, ob dem Bezirksamt der Zustand der Planetenstraße bekannt sei. Außerdem haben wir nach etwaigen Sanierungsplänen gefragt und für welchen Zeitraum diese geplant seien. Laut dem zuständigen Stadtrat ist der Zustand der Planetenstraße dem Bezirksamt bekannt. Die Fahrbahn könne derzeit nur mit sehr hohem Aufwand in einem verkehrssicheren Zustand gehalten werden. Aufgrund der Schäden sei die Geschwindigkeit bereits auf 10km/h reduziert worden. Bereits 2013 habe die Fahrbahn der Planetenstraße über das Straßeninstandsetzungsprogramm ertüchtigt werden sollen. Ein Baugrundgutachten hätte jedoch ergeben, dass dort nur ein vollständiger, grundhafter Neubau Abhilfe schaffen könnte. Die Planetenstraße sei daraufhin für die Investitionsplanung 2013-2017 angemeldet worden und hätte ab 2015 umfassend saniert werden sollen. Da die Planetenstraße wegen der Baumaßnahmen zum 16. Bauabschnitt der Bundesautobahn 100 auch für Busumfahrungen diene, sei der Neubau mehrfach hinausgeschoben und damit auch in der Investitionsplanung verschoben worden. Aufgrund dessen befinde sich die Maßnahme mittlerweile in der Investitionsplanung 2023-2027. Die Bauzeit sei nach derzeitigem Sachstand von 2028 bis 2030 geplant. Die Gesamtkosten beliefen sich auf ca. 1,3 Mio. Euro.

Im Zuge der Debatten um einen Entschließungsantrag der Linksfraktion sowie um unseren Antrag "Mythos#Israel1948 in Schulen" kam es zu heftigen Störungen der Sitzung durch antizionistische Aktivisten von den Besuchertribünen. Die Störer brüllten israelfeindliche Parolen und mussten teilweise vom Sicherheitsdienst aus dem Saal eskortiert werden, zahlreiche Medien griffen die Vorfälle auf. Parallel dazu gab der Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion einen aufhetzenden, israelfeindlichen Redebeitrag zum Besten. Wir finden dieses Verhalten widerlich und lassen uns in unserem Einsatz für Israel und gegen Antisemitismus nicht beirren - von niemandem!

An dieser Stelle werden wir Sie auch weiterhin über unsere Tätigkeit in der Bezirksverordnetenversammlung informieren und wünschen Ihnen bis dahin alles Gute.

NEHMEN SIE KONTAKT ZU UNS AUF!

Haben Sie Anregungen, Fragen oder wollen Sie einfach Ihre Meinung zu einem Thema äußern? Rufen Sie uns an oder kontaktieren Sie uns per E-Mail.



CDU FRAKTION
IN DER BVV NEUKÖLLN
Karl-Marx-Straße 83
12040 Berlin

Tel. 030 90239-3543
info@cdu-fraktion-neukoelln.de
www.cdu-fraktion-neukoelln.de

CDU FRAKTION NEUKÖLLN
in der Bezirksverordnetenversammlung

BEZAHLKARTE FÜR ASYLSUCHENDE: DIE AMPEL KOMMT AUS DEM STREITEN NICHT HERAUS.

Wieder unnötige Streitigkeiten in der Ampel um die Migrationspolitik. Bereits im November hatten die Bundesländer einstimmig den Bundeskanzler und sein Kabinett dazu gedrängt, eine Bezahlkarte für Asylsuchende einzuführen. Staatliche Leistungen sollen nun nicht mehr pauschal auf ein Konto überwiesen werden. Stattdessen würden Asylbewerber einen Teil des Geldes über eine Bezahlkarte erhalten, mit der sie wie mit einer EC-Karte einkaufen und auch in geringem Maße Geld abheben können.

Die Länder kamen mit ihrer Arbeit schnell voran. Schon Ende Januar beschloss eine Arbeitsgruppe gemeinsame Rahmenbedingungen für dieses Projekt. 14 Landesregierungen inklusive Berlin planen ein einheitliches Konzept, das schon im Herbst flächendeckend umgesetzt werden kann.

Um die Bezahlkarte rechtssicher zu gestalten, war aber eine Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes notwendig. Die Ampel zeigte sich uneins, ob sie noch zu ihrem Wort stehen will. Die FDP war für die Karte. Die SPD war gespalten. Die Grünen erklärten, keinen Änderungen des Gesetzes zustimmen zu wollen. Es schien, als würde der Kompromiss mit den Ländern doch noch aufgekündigt werden. Erst nach erneuten, wochenlangen Streitereien kam es zu einer Lösung. Die Bundesregierung beweist damit wieder einmal, dass sie die Situation in den Kommunen ignoriert. Für Länder und Kommunen ist die Karte sehr wichtig. Unser Regierender Bürgermeister Kai Wegner brachte es vor kurzem im Abgeordnetenhaus gut auf den Punkt: "Wir wollen vereinfachen. Wir wollen dadurch auch Bürokratie herunterfahren." Zudem verhindert sie, dass Asylbewerber staatliche Leistungen an Familie, Freunde oder Schlepper ins Ausland überweisen können. Dabei erhalten Asylbewerber die gleichen Leistungen wie bisher. Sie werden lediglich in anderer Form bereitgestellt.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, dass die Ampel nur noch unter dem Druck der Länder oder der Opposition Lösungen zu den drängenden politischen Fragen finden kann. Deutschland hat eine bessere Regierung verdient!



Foto: Michael Bennett

KAMINE UND ÖFEN VOR DEM AUS

Viele Bürgerinnen und Bürger heizen ihre Häuser im Winter mit einem Holzofen. Dies könnte jedoch bald vorbei sein. 2024 tritt die nächste Stufe des sogenannten Immissionsschutzgesetzes in Kraft. Diese sieht vor, dass alte Holz- und Kaminöfen, die zwischen dem 01. Januar 1995 und dem 21. März 2010 installiert wurden, nachgerüstet oder stillgelegt werden müssen.

Für Holzöfen müssen ab 2025 bestimmte Emissionsgrenzwerte eingehalten werden, damit sie weiter genutzt werden dürfen. Die Grenzwerte für Staub liegen künftig bei 0,15 Gramm je Kubikmeter Abgasluft und für Kohlenstoffmonoxid bei vier Gramm je Kubikmeter Abgasluft.

Einen Nachweis über diese Emissionsgrenzwerte kann der Hersteller bescheinigen. Die notwendigen Informationen können aber auch dem Feuerstättenbescheid entnommen werden, welcher vom bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger ausgegeben wird. Auch kann der Schornsteinfeger eine Messung der Schadstoffwerte vornehmen und bescheinigen, dass ein Ofen nicht ausgetauscht werden muss.

Wer den Nachweis nicht erbringen kann, muss den Ofen nachrüsten lassen oder gänzlich außer Betrieb nehmen.

Es gelten jedoch auch Ausnahmen, für die die Emissionsgrenzwerte nicht gelten:

- Offene Kamine, wenn diese nur gelegentlich genutzt werden.
- Historische Kamine oder Öfen, die vor dem 1. Januar 1950 errichtet wurden und noch immer an Ort und Stelle des Einbaus stehen. Wurden diese Öfen jedoch innerhalb der Wohnung oder des Hauses versetzt, entfällt der Bestandschutz.
- Kamine und Öfen, welche die einzige Wärmequelle der Wohneinheit darstellen.
- Kachelöfen (sog. Grundöfen), die eine besondere Rauchgasführung und einen Staubabscheider haben.
- Kachelöfen, sog. Grundöfen, die vor Ort handwerklich gesetzt wurden.

Angrillen 2024 20. April von 12 - 14 Uhr

Bürgerbüro, Krokusstr. 89, 12357 Berlin



Für Sie am Grill:



Hildegard Bentele, MdEP



Ottilie Klein, MdB
Generalsekretärin der CDU Berlin



Olaf Schenk, MdB

Kommen Sie auf eine Bratwurst vorbei - Wir freuen uns auf Sie!





AKTUELLES FÜR JUGEND UND FAMILIE AUS DEM SENAT

Seit dem Amtsantritt des neuen Senats im April 2023 hat sich in Berlin ein spürbarer Wandel vollzogen. Die Regierung hat klare Schwerpunkte gesetzt, um jungen Menschen die bestmöglichen Zukunftschancen zu eröffnen. Doch was wurde bislang erreicht? Ein kurzer Überblick:

BEKÄMPFUNG VON JUGENDGEWALT

Nach den Ausschreitungen in der Silvesternacht 2022/2023 wurde deutlich, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen Senat, Bezirken, Jugendarbeit und Sicherheitsbehörden erforderlich ist, um Jugendgewalt in Berlin präventiv zu bekämpfen. Bei den ersten beiden Gipfeln gegen Jugendgewalt wurde ein umfassendes Maßnahmenpaket mit 33 Einzelmaßnahmen erarbeitet, das Jugendlichen Perspektiven und Teilhabe aufzeigt, aber auch Konsequenzen bei Straftaten betont. Für 2023 bis 2025 wurden insgesamt 106,7 Mio. Euro bereitgestellt. Beim dritten Gipfel am 24. Oktober 2023 im Roten Rathaus wurde eine Zwischenbilanz gezogen: Die Mehrzahl der Maßnahmen ist bereits angelaufen!

Beispielsweise wurde das Neuköllner Handlungskonzept überarbeitet und soll auf alle Bezirke ausgeweitet werden. Dieses Konzept zielt darauf ab, kriminelle Karrieren bei Kindern und Jugendlichen zu verhindern, indem es auf interdisziplinäre Zusammenarbeit und frühzeitige individuelle Unterstützungsmaßnahmen setzt. Die Einführung von Jugenddelinquenzteams sowie Präventions- und Interventionsteams in allen Jugendämtern sind entscheidende Bausteine zum Erfolg. Außerdem sind 16 neue Familienzentren an Grundschulen entstanden und mit 15 zusätzlichen Stadtteilmüttern werden Familien in sozial benachteiligten Stadtteilen unterstützt.

FAMILIEN IM FOKUS

Familien profitieren auch durch das Familienportal des Landes Berlin (<https://www.berlin.de/familie/>), das nach und nach umgestaltet wird. Seit September 2023 werden Eltern beim Geburtsanlass ihres ersten Kindes nicht nur mit einem Schreiben der Senatorin beglückwünscht, sondern auch mit der erstmaligen Ausgabe der „ElternMail“, die ihnen bis zum siebten Lebensmonat ihres Kindes postalisch zugestellt wird. Danach erfolgt die Weiterleitung der Ausgaben digital per E-Mail, sobald sich die Eltern dafür anmelden.

Im Zuge einer umfassenden Initiative zur Stärkung der Pflegeeltern hat die Landesregierung eine Neugestaltung der Förderung beschlossen. In 2024 und 2025 ist eine deutliche Steigerung um 8 Millionen Euro vorgesehen, um das Engagement und die wichtige Rolle der Pflegeeltern zu würdigen. Diese Mittel sollen dazu dienen, die finanzielle Belastung für Pflegeeltern zu mindern, den Zugang zu Unterstützungsleistungen zu verbessern und die Qualität der Pflege zu erhöhen.

STÄRKUNG DER FRÜHKINDLICHEN BILDUNG

Das Kita-Chancenjahr ist ein Schlüsselthema im Bildungsbereich dieser Amtsperiode. Ziel dabei ist die Sicherstellung der Sprachförderung von Kindern, denen im Rahmen der Sprachstandsfeststellung ein Förderbedarf attestiert wurde. Darüber hinaus soll die Zugänglichkeit zur frühkindlichen Bildung weiter gestärkt werden. Durch die geplante automatische Zusendung des Kitagutscheins ab dem Kitajahr 2025/2026 erreichen wir künftig sämtliche Familien, und das bereits zu einem frühen Zeitpunkt. Darüber hinaus vereinfachen wir den Zugang zu Kindertagesstätten und bringen sie durch den „Willkommensgut-

schein“ eher in Berührung mit dem kostenfreien Angebot für frühkindliche Bildung.“

Das Kita-Chancenjahr kann aber nur gelingen, wenn ausreichend Kita-Plätze zur Verfügung stehen. Um den Bedarf zu ermitteln, wurde der neue Entwicklungsplan für Kindertagesstätten vorgestellt. Dieser zeigt, dass die Anzahl der Kitaplätze derzeit insgesamt ausreichend ist, jedoch können regional Unterschiede bestehen. Bis zum Jahr 2027 entstehen mit den bereits geplanten Bauvorhaben rund 11.000 neue Plätze. Die in Bau befindlichen Kitas sind in der neuen Kitabaukarte übersichtlich dargestellt (<https://www.berlin.de/sen/jugend/jugend-und-familienpolitik/familienpolitik/neue-kitas-fuer-berlin/>). Die Ergebnisse der Entwicklungsplanung wurden auch im Rahmen des Kita-Gipfels im November 2023 mit rund 80 Fachvertreterinnen und -vertretern diskutiert. Der Kita-Gipfel hat gezeigt, dass sich die Kindertagesbetreuung in Berlin im bundesweiten Vergleich auf einem guten Niveau befindet.

EINFÜHRUNG EINES ELFTEN PFLICHTSCHULJAHRES.

Der Senat arbeitet intensiv an der Einführung eines 11. Pflichtschuljahres, um sicherzustellen, dass Jugendliche, die nach Abschluss ihres 10. Schuljahres keine Ausbildung beginnen, weiterhin schulisch gefördert werden. Die Initiative soll verhindern, dass Jugendliche aus den Bildungsstatistiken verschwinden und langfristig ohne Ausbildung in soziale Probleme geraten. Die Maßnahme zielt auch darauf ab, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Übergänge von der Schule ins Berufsleben zu verbessern.

Der Senat fördert aber auch außerschulische Lernorte. Die Berliner Jugendbildungsstätten erhalten beispielsweise weitere 3 Millionen Euro pro Jahr in 2024 und 2025. Sie stellen ein breites Bildungsangebot für Kinder und Jugendliche bereit, darunter Seminare zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen wie Antisemitismus und Integration.

Der Senat ist auf einem guten Weg die Kernvorhaben zur Stärkung der Jugend und Familien in Berlin erfolgreich umzusetzen: Das Beste für Berlin.

von Falko Liecke

STARKREGEN IN BERLIN

Sobald es etwas stärker regnet, verwandeln sich Berlins Straßen in Flüsse und U-Bahnhöfe, Keller oder Unterführungen laufen voll. Kurzum, bei Starkregen besteht in Berlin ein erhebliches Problem mit der Bewältigung der Wassermassen. Hinzu kommt, dass das Phänomen des Starkregens in der Hauptstadt seit Jahren zunimmt. Berlin ist mit dieser Thematik nunmehr auf Platz 1 deutscher Großstädte gelandet. Insbesondere auf versiegelten Flächen sammelt sich das Wasser, was nicht zuletzt schwere Folgen für Wohngebiete nach sich zieht. Während die einen gegen die Wassermassen ankämpfen, machen sich andere hin und wieder einen Spaß daraus, indem sie in offenen Wasserkanälen baden oder durch Unterführungen schwimmen.

Der Warnung der Fachleute, dass sich Großstädte besser auf derartige Szenarien einstellen müssen, kommt die Berliner Senatsverwaltung für Umwelt nun nach. Im Rahmen eines Starkregen-Risiko-Managements wurden Starkregenhinweiskarten erarbeitet und kürzlich veröffentlicht. Diese Karten zeigen Gefahrenggebiete auf und bieten wichtige Informationen, um sich auf eventuelle Überflutungen vorzubereiten. Von Starkregen betroffene Gebiete werden hierdurch schneller identifiziert, sodass zukünftig frühzeitig Schutzmaßnahmen für Gebäude, Infrastruktur und Bauprojekte ergriffen werden können.

<https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/wasser-und-geologie/starkregen-und-ueberflutungen/gefahren/>

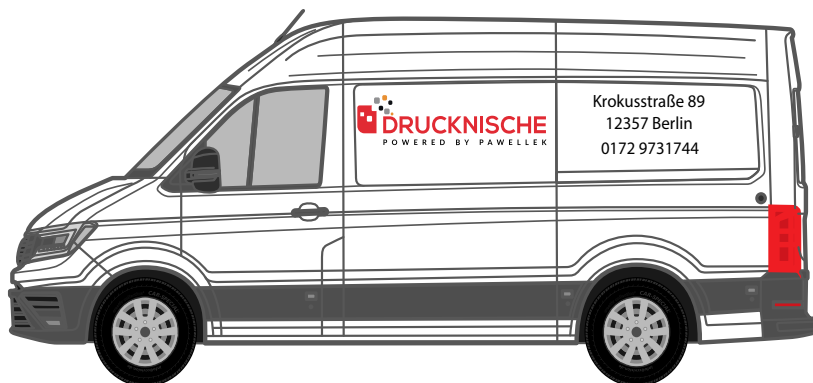
REPARATURBONUS

Laut dem Bundesumweltministerium fallen pro Jahr und Kopf in Deutschland rund 20 Kilogramm Elektroschrott an. Alte Handys, Computer oder Kühlschränke werden jedoch nur selten in einen recyclebaren Kreislauf zurückgegeben. Viele der defekten Geräte verbleiben ungenutzt in den Haushalten. Wenn entsorgt wird, dann, trotz Aufklärung, häufig noch falsch. Dabei wäre die richtige Entsorgung und Aufbereitung der Rohstoffe enorm wichtig, um Folgeschäden für Natur und Umwelt zu verhindern.

Lediglich ein Bruchteil der defekten Geräte wird aktuell repariert. Umfragen zeigen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher gern mehr reparieren würden, Reparaturen sich aber häufig zu aufwendig und zu teuer gestalten. Dies möchte die Berliner Landesregierung nun ändern und stellt den Bürgerinnen und Bürgern einen Reparaturbonus in Höhe von jeweils 1,25 Millionen Euro für die Jahre 2024 und 2025 zur Verfügung. Der Bonus ist ein an Privatpersonen gerichtetes Förderprogramm, welches die Lebensdauer von elektronischen Geräten verlängern und somit der Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung dienen soll. Der Bonus ist auf maximal 200 Euro pro Kopf und Jahr gedeckelt.



Fahrzeugbeschriftung



Beispielkalkulation Transporter: netto € 400,-

Krokusstraße 89 • 12357 Berlin • 030 509 56 838 • gerome@pawellek.info



FAHRRADVERBOT DURCH ALKOHOL?

Jeder weiß, dass Alkohol am Steuer eines Kraftfahrzeuges zu Problemen mit der Fahrerlaubnis führen kann. Wie aber verhält es sich mit einem alkoholisierten Radfahrer?

Manche wissen, dass auch ein alkoholisierter Fahrradfahrer seinen Führerschein für Kraftfahrzeuge in Gefahr bringt.

Nur wenigen ist allerdings bekannt, dass auch das Fahrradfahren selbst verboten werden kann.

Interessant ist die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg vom 23. August 2023 in einem Eilverfahren. Es ging um einen Radfahrer, bei dem laut Beschluss eine Blutalkoholkonzentration von 1,95 Promille festgestellt wurde.

Über das Strafrecht hätte ihm das Fahrradfahren nicht verboten werden dürfen. Die strafrechtlichen Regeln sehen nur Instrumentarien im Hinblick auf Kraftfahrzeuge vor. Neben dem Strafrecht ist jedoch auch die verwaltungsrechtliche Schiene zu beachten. Die Fahrerlaubnisbehörde hat die Aufgabe Gefahren im Straßenverkehr abzuwehren.

Sie stützte sich auf eine Vorschrift in der Fahrerlaubnisverordnung. Nach § 3 FeV kann das Führen von „Fahrzeugen“ untersagt werden. Diese Vorschrift verlangt somit kein „Kraftfahrzeug“.

Das Fahrrad gilt als Fahrzeug. Immerhin ging die Behörde nicht so weit, einfach ohne nähere Prüfung das Fahrradfahren zu verbieten. Sie ordnete die Durchführung einer medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU) führte zu der Einschätzung, es läge eine hohe Wahrscheinlichkeit vor, dass der Betroffene wieder auffalle. Das Amt untersagte daraufhin mit sofort vollziehbarer Wirkung das Fahren von Fahrzeugen, darunter auch Fahrrädern im öffentlichen Straßenverkehr. Der Betroffene versuchte sich hiergegen vor Gericht zu wehren. Nachdem er in erster Instanz unterlag, befasste sich das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hiermit.

Im amtlichen Leitsatz hält das Gericht fest, dass jedenfalls bei Radfahrern mit einer Blutalkoholkonzentration von mehr als 1,6 Promille Maßnahme der Fahrerlaubnisbehörde möglich seien.

Es macht auch Ausführungen zu Statistiken. Bei Fahrradunfällen mit Personenschäden sei im Jahr 2021 eine alkoholbedingte Beeinträchtigung das vierthäufigste Fehlverhalten gewesen. Letztlich sind derartige Entscheidungen nichts Neues, auch wenn sie in der Praxis eher selten sind. Es gab bereits früher entsprechendes.

Eine anwaltliche Unterstützung von Beginn an ist sinnvoll. Immerhin droht auch bei einer Alkoholfahrt auf einem Fahrrad eine strafrechtliche Verurteilung.

Auch im Hinblick auf die Fahrerlaubnisbehörde ist vieles zu beachten. Die anwaltliche Besprechung sollte auch deswegen bereits zu Beginn und somit vor der MPU erfolgen. Ohne ungünstige MPU wäre es auch in dem hier geschilderten Fall nicht zu einer Untersagung des Fahrradfahrens gekommen. Zudem wird in der Entscheidung auch ausgeführt, dass es sich letztlich um eine Ermessensentscheidung der Fahrerlaubnisbehörde handelt.

Es bleibt daher zu prüfen, ob besondere Gesichtspunkte im Einzelfall einer Untersagung entgegenstehen.

Rechtsanwalt Jan Buchholz
www.kanzleibuchholz.de
Tel. (030) 604 32 36

★★★★★

Rechtsanwälte

JAN BUCHHOLZ

BJÖRN VON DER OHE

Wildhüterweg 38
12353 Berlin (Buckow)

www.kanzleibuchholz.de
kontakt@kanzleibuchholz.de

030 604 32 36

Verkehrsrecht

Unfallregulierungen
Bußgeldverfahren

Verkehrsstrafrecht

Fahrerflucht · Körperverletzung
Alkohol/Drogen u.a.
Fahrerlaubnisrecht

Allg. Strafrecht

**Kfz-Gutachten
sofort hier!**

MPIRE HOTEL

WASH CENTER

CAFÉ COCKTAILBAR

Rudower Straße 160 · 12351 Berlin

Zu viel Stress im Alltag? Dann komm zu uns!

HERZIG

Tel. 030 / 66 93 05 08 · 0178 / 205 56 15
www.rollladen-herzig.de · info@rollladen-herzig.de

Ihr Rollladen- und Markisenexperte aus Rudow

Rollläden & Jalousien
Markisen & Markisentücher
Fenster & Türen (Neumontage)
Insektenschutz

Beratung · Planung · Aufmaß vor Ort
Montage · Reparatur
Umrüstung auf Motorbetrieb · Wartung

WINDKRAFT IN BERLIN

Am 25. Januar 2024 tagte der Umweltausschuss im Abgeordnetenhaus von Berlin, unter anderem zum Thema Windkraft. Eine Kommission aus diversen Vertretern wurde eingeladen und zur Thematik befragt. Hintergrund des Austauschs ist das Wind-an-Land-Gesetz der Bundesregierung, welches konkrete Vorgaben für die einzelnen Bundesländer beinhaltet.

Windkraft ist eine Energiegewinnungsquelle der Zukunft, der sich auch Berlin nicht verschließen kann und wird. Ziel ist und bleibt der Ausstieg aus der Kohlekraft, doch wie viel Windkraft verträgt Berlin?

Die Diskussion um geeignete Standorte zur Errichtung von Windkraftanlagen ist somit eröffnet. Der BUND-Geschäftsführer schlug in der Debatte zunächst vier Standorte vor. Genannt worden sind der Norden Pankows, der Ortsteil Wartenberg in Lichtenberg, die Avus im Bereich des Sprengplatzes sowie die Krummendammer Heide in Treptow-Köpenick.

Konfliktpotenzial besteht hier jedoch mit dem Naturschutz. Auch die Flächen am Stadtrand entlang der Avus seien kritisch, denn diese gelten als Ausgleichsflächen für große innerstädtische Bauprojekte.

Ebenso werden bisher wenig entwickelte Waldflächen in den Raum gestellt. Der Begriff wenig entwickelt, muss insbesondere laut Naturschützern genau definiert werden. Um Waldflächen aufzuforsten, benötigt es eine gewisse Zeitspanne und Waldgebiete sind in der Nähe von Metropolen wie Berlin unabdingbar.

Empfohlen wird, keine Einzelanlagen zu installieren, da der Aufwand der Erschließung beispielsweise durch Transportwege mit zu viel Waldverlust verbunden wäre. Für die Zugangswege zu den zu installierenden Anlagen müssen Wendepunkte und großflächige Kurven für die Transporter geschaffen werden, welche wiederum für sehr viel Baumverlust sorgen würden.

Das mittelfristige Ziel für Berlin lautet, 0,5 Prozent der Landesfläche als Vorranggebiet für Windenergie auszuweisen. Dies entspricht umgerechnet einer Fläche von 446 Hektar.

Experten zufolge wäre die Maßeinheit Leistung statt Hektar sinnvoller. Demnach müssten in Berlin umgerechnet 20 Windkrafteinheiten (WKE) mit je 5 Megawatt oder aber 30 Windkrafteinheiten mit je 3 Megawatt realisiert werden. Hierbei wäre ein ökologisches Ziel, sich auf vier bis fünf Standorte für die Errichtung zu beschränken.

In der Angelegenheit drängt nun etwas die Zeit. Bis Ende Mai 2024 muss der Senat für Umwelt- und Klimaschutz gegenüber dem Bund bereits einen ersten Nachweis über mögliche Flächen für Windenergie erbringen, die sowohl innerhalb, aber auch außerhalb von Berlin liegen können.

MOUNTAINBIKESTRECKE AN DER GRÜNLANLAGE DÖRFER BLICK

Leserbrief: Erhard Janker

Während eines Walkings am Dörfer Blick fiel mir ein provisorischer Unterstand aus Zeltplanen auf. Bei näherer in Augenscheinnahme, waren im Unterstand zwei Schubkarren und zwei Schaufeln zu entdecken. Das Gelände drumherum war aufgedrückt. Ich musste feststellen, dass sich, wer auch immer, eine Abfahrtsbahn für Mountainbikes gebaut und dazu mehrere Kubikmeter Erdschutt zum Ausbau von Kurven und Sprungschanzen bewegt hatte. Diese Strecke reichte vom Plateau des Dörfer Blicks über mehrere angelegte Wege bis hinunter zum Parkplatz mit abschließender Sprungschanze.



Am gleichen Tag rief ich beim Grünflächenamt, der zuständigen Behörde, an und schickte im Anschluss an das Gespräch mit einer der Mitarbeiterinnen eine Nachricht mit entsprechenden Fotos. Drei Tage später traf ich den Leiter des Ordnungsamtes in Neukölln, Gerrit Kringel, und informierte ihn über meine Beobachtungen und ließ auch ihm die Fotos zukommen. Am darauffolgenden Tag, einem Sonntag, begab ich mich wieder zum Dörfer Blick und stellte fest, dass die Streckenbauer wiederum aktiv geworden waren.

Die Mitarbeiter des Ordnungsamtes waren Anfang der Woche vor Ort, stellten den vorliegenden Status fest und handelten sofort. Die Schubkarren, die Schaufeln und der Unterstand wurden entfernt, um weitere Beschädigungen des Pflanzenbewuchses zu beenden. Ein entsprechender Vermerk ging an das Grünflächenamt.

Aufgabe des Grünflächenamtes ist jetzt, das betroffene Gelände zu sichern und wiederherzustellen und durch entsprechende Maßnahmen eine erneute widerrechtliche Nutzung zu verhindern.

Dies ist umso notwendiger, wenn daran gedacht wird, dass der Dörfer Blick keine natürliche Erhebung ist, sondern eine angelegte Grünanlage auf einer ehemaligen Hausmüllhalde. Diese wurde abgedichtet und mit einer Erdschicht bedeckt. Die großen runden Metalldeckel und ein Hinweisschild auf dem Plateau weisen auf diesen Umstand hin.

Update 18.02.2024:

Unterstand inkl. Geräte sind abgeräumt, sonst hat sich bis zu diesem Zeitpunkt nichts verändert. Die Mountainbikestrecke kann weiter genutzt werden.

HEBESATZ DER GRUNDSTEUER IN BERLIN FAST HALBIERT

Berlin ist auf Platz 1 ! Als erstes Bundesland ist es in Berlin gelungen, fast alle Grundsteuerwertbescheide zu erteilen. Auf dieser Grundlage hat die Finanzverwaltung seit Anfang des Jahres Veränderungen der Grundsteuerbelastung genau analysiert und berechnet. Die Zahlen zeigen: Es besteht dringend Handlungsbedarf.

Zur Erinnerung: Der rot-rot-grüne Vorgängersenkung hatte sich entschieden, das viel kritisierte „Scholz-Modell“ zur Berechnung der Grundsteuerwerte zu nutzen. Viele Eigentümer haben deshalb Bescheide erhalten, die einen vielfach höheren Wert als bisher aufweisen. Wenn jetzt nicht gegengesteuert wird, würde sich auch die Grundsteuer in Berlin massiv erhöhen. Das will der schwarz-rote Senat aber ausdrücklich nicht. Berlin soll durch die Reform der Grundsteuer nicht mehr Geld einnehmen als vorher.

Deshalb hat der neue Berliner Finanzsenator Stefan Evers (CDU) kürzlich vorgeschlagen, den Berliner Hebesatz für die Grundsteuer nahezu zu halbieren, von derzeit 810 Prozent auf 470 Prozent.

Zum Vergleich: In vielen anderen Kommunen wurden die Hebesätze gerade erhöht. Berlin geht ausdrücklich einen anderen Weg. Auch die sogenannten „Messzahlen“ will der Senator anpassen, um zusätzliche Belastungen für Wohngrundstücke zu verhindern.

Berlin schafft damit als erstes Bundesland Klarheit und Planungssicherheit für alle. Die Grundsteuer betrifft jeden Grundstückseigentümer und Mieter. Das Medien-echo für den Berliner Weg ist positiv: „Berlin gibt bei der neuen Grundsteuer die Richtung vor“ (FAZ) oder „Halbiert – eine runde Sache“ (B.Z.).

Der Senat musste an die Grundsteuer ran, weil das Bundesverfassungsgericht die bisherige Grundsteuererhebung für verfassungswidrig erklärt hat. Sie beruhte auf völlig veralteten Grundstückswerten. Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgetragen, einheitliche Maßstäbe zu entwickeln und die Höhe der Grundsteuer für vergleichbare Grundstücke anzugleichen. Das hat zur Folge, dass künftig einige Eigentümerinnen

und Eigentümer weniger, andere aber auch mehr Grundsteuer zahlen müssen. Grundsteuererhöhungen können insbesondere dadurch entstehen, dass bisher eine geringere Steuer gezahlt wurde als andere Eigentümer sie für ein gleichwertiges Grundstück zahlen mussten. Änderungen können sich auch dadurch ergeben, dass bauliche Veränderungen am Grundstück vorgenommen wurden und sich z.B. durch einen An- oder Ausbau die Wohnfläche vergrößert hat. Diese Veränderungen wurden bei der bisherigen Grundsteuererhebung oft nicht berücksichtigt.

Dass es diese Fälle gibt, ist eine direkte Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Mit der Beinahe-Halbierung des Hebesatzes und der Anpassung der Steuermesszahl zugunsten der Wohngrundstücke hat der Finanzsenator die beschriebenen Veränderungen aber soweit wie möglich abgefedert.

Zusätzlich will der Senat im neuen Grundsteuergesetz eine spezielle Härtefallregelung für selbst genutzte Wohngrundstücke schaffen. Diese Härtefallregelung ermöglicht eine Steuersenkung, wenn die Zahlung der Grundsteuer im Einzelfall zu einer existenzbedrohenden Belastung des Steuerzahlers führen würde. Aus Gründen der Steuergerechtigkeit kann hierüber aber nur im Einzelfall anhand entsprechender Nachweise entschieden werden.

Abschließend entscheidet über die künftigen Regelungen nicht der Senat, sondern das Abgeordnetenhaus. Der notwendige Gesetzentwurf soll jetzt kurzfristig auf den Weg gebracht werden, um die Veränderung der Messzahlen, die Senkung des Hebesatzes und die Einführung der Härtefallklausel umzusetzen und damit endgültig Klarheit für Eigentümer und Mieter zu schaffen.



Rudow - Das schönste Dorf der Welt



DER OSTERHASE WIEDER IN RUDOW UNTERWEGS!

Der Osterhase hat den Termin aufgrund der Erfolge der letzten Jahre fest in seinem Terminkalender.

Nirgends hat er mehr fröhliche Kinder mit ihren Eltern, Großeltern und sonstigen Verwandten getroffen als in Rudow. Deshalb lädt die CDU-Rudow in diesem Jahr wieder alle Kinder bis 12 Jahre aber auch ihre Eltern, Großeltern und Verwandte zum gemeinsamen Ostereiersuchen ein.

Es warten kleine und größere Preise für die erfolgreiche Ostereiersuche. Und die Erwachsenen haben die Möglichkeit interessante Gespräche zu führen.

„Wir treffen uns am **Samstag, 30. März 2024** in der Zeit von **11.00 – 14.00 Uhr am unteren Teil der Rodelbahn an der Rudower Höhe**, Zugang über Parkplatz An der Werderlake / Ecke Neudecker Weg 12355 Berlin.

„Wir sind uns sicher, dass der Osterhase wieder fleißig Überraschungen für die Kinder versteckt hat.“, so der Vorsitzende der CDU-Rudow, Markus Oegel.





Wie geht's meinem Rücken?

**Einfach & auf-
schlußreich:**

**Haltungs- &
Bewegungsanalyse
und 3D-Rückenscan**

Prophylaxe & Wirkung
für Alltag & Sport.



Christian Friedrich

Ganzheitliche
Orthopädie-Schuhtechnik

Skalitzer Straße 35 · 10999 Berlin

Tel. (0 30) 618 73 40

Direkt an der Haltestelle Görlitzer

Bahnhof (U1, Bus M29)

www.schuhtechnik-im-kiez.de

Montag bis Freitag: 8 - 18 Uhr

DER RATHAUSBRIEF

**LIEBER RUDOWERINNEN
UND RUDOWER,**

machen wir unser Neukölln gemeinsam schöner.



der Berliner Senat stellt weitere drei Millionen Euro pro Jahr bereit damit weitere öffentliche Grünanlagen und erstmals auch Spielplätze außerhalb von Parks gereinigt werden.

Hiermit geht der Senat neue Wege im Kampf gegen die Vermüllung der Stadt und erweitert den Auftrag für die BSR. Für eine saubere Stadt stellt die CDU/SPD Koalition im Doppelhaushalt 2024/25 somit mehr Geld ein. Allein für die Reinigung von Grünanlagen und Flächen mit „besonderer Bedeutung“ sind vier Millionen Euro pro Jahr vorgesehen.

Allerdings ist noch nicht komplett geklärt, welche Spielplätze außerhalb von größeren Grünanlagen die BSR reinigen soll. Denn die Spielplätze müssen mindestens zwei der in der einschlägigen Verordnung genannten Reinigungskriterien erfüllen. Sie müssen z.B. in unmittelbarer Nähe von Lebensmittelläden oder Gastronomie „mit hohem Einwegartikelanteil“ liegen, stark genutzt, eine „Touristische und gesamtstädtischer Nutzung“ haben und besonders verunreinigt sein.

Da wir in Neukölln besonders unter der Vermüllung leiden bin ich froh über diese zusätzliche Unterstützung. Denn auch hier zeigt sich, dass die Vermüllung längst zu einem gesellschaftspolitischen Problem geworden ist, dass sich leider viele Menschen nicht darum kümmern, wie ihr Umfeld – ob nah oder fern – aussieht. Deshalb brauchen wir härtere Strafen.

Die Landesregierung will einen neuen Bußgeldkatalog beschließen und damit ein klares Zeichen setzen. Höhere Bußgelder führen zu mehr Abschreckung. Das ist eine einfache Rechnung, und deshalb unterstütze ich grundsätzlich höhere Bußgelder. Allerdings brauchen aber die Bezirke gleichzeitig das richtige Handwerkszeug für die praktische Umsetzung. Allein durch die BSR und das Ordnungsamt wird das Problem nicht zu lösen sein. Wir brauchen die Zivilgesellschaft. Deshalb unterstütze ich zusätzlich auch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für einen saubereren Bezirk.

Ihr Gerrit Kringel

Stellvertreter Bezirksbürgermeister
Bezirksstadtrat und Leiter des Geschäftsbereichs Ordnung



IMPRESSUM

HERAUSGEBER, VERLAG UND DRUCK: Pawellek Siebdruck GmbH, Mario Burot
Siemensstraße 7, 15711 Königs Wusterhausen, Tel. 03375 - 50 39 16, mail@pawellek.info

REDAKTION: Olaf Schenk & Falko Liecke **ViSdP:** Olaf Schenk

ANZEIGENVERTRIEB: Gerome Pawellek Tel. 0172 - 97 31 744

KÜMMERTOUR

CDU FRAKTION
BERLIN

IN RUDOW, SÜDLICHES BLUMENVIERTEL UND SÜDLICHE GROPIUSSTADT



Olaf Schenck, MdA
Ihr Abgeordneter



Dirk Stettner, MdA
Fraktionsvorsitzender



11. April 2024
19:00 Uhr



Steckenpferd
Ostburger Weg 1
12355 Berlin

**EINLADUNG
ZUM DIALOG!**



~frohe~
OSTERN

WÜNSCHT IHNEN
DAS RUDOWER PRISMA



Wir suchen Verstärkung

REZEPTION • KÜCHE • GASTRO

Wir bieten:

- unbefristete Verträge
- gute Bezahlung
- Voll- oder Teilzeit

Infos & Bewerbung unter:

Tel: 030 - 166 35 55 00

Mail: info@mpire-hotel.de



MPIRE
HOTEL